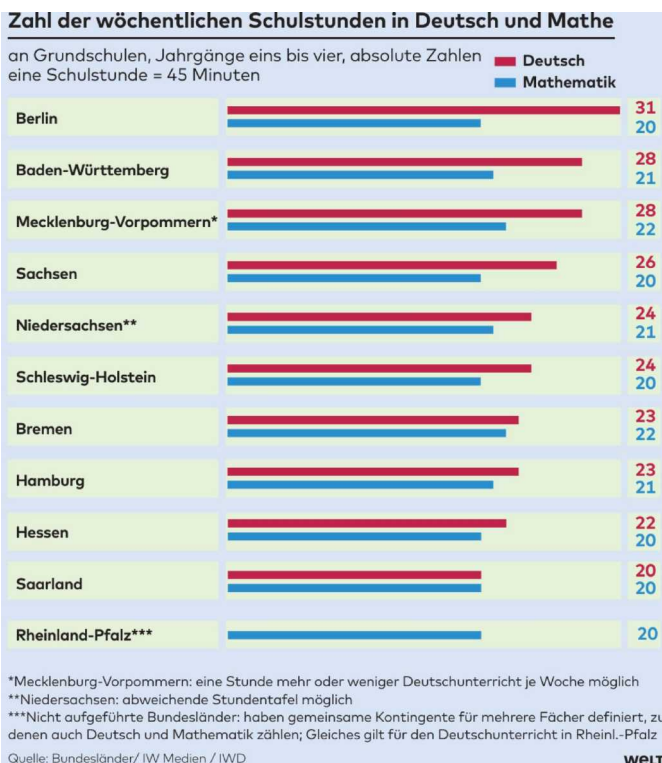


## THEMA DES TAGES

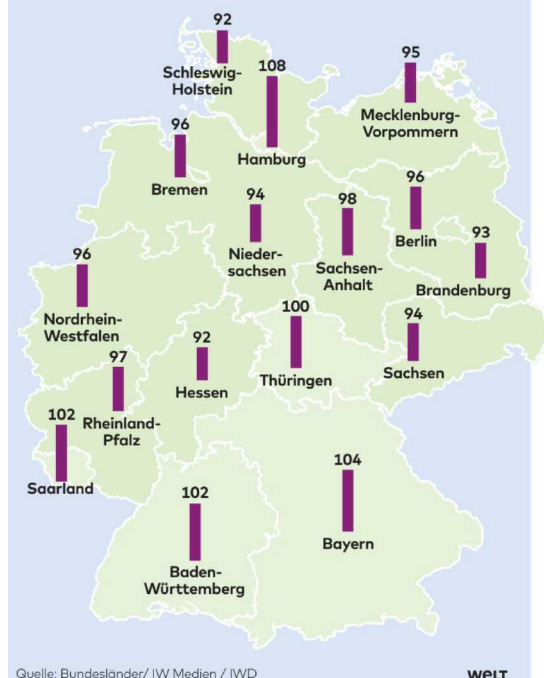
# Politik verschleiern Bildungsmisere

Mangelhafte Schulqualität wird den Bürgern oft nicht transparent gemacht. Das hat fatale Folgen für Schüler – und die Gesellschaft insgesamt



### Gesamt-Stundenzahl an Grundschulen pro Woche

Jahrgänge eins bis vier, absolute Zahlen,  
eine Schulstunde = 45 Minuten



Das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo hat im vergangenen Jahr eine bemerkenswerte Studie zum Wechselspiel zwischen Schule und Politik präsentiert, nur leider blieb die Analyse fast völlig unter dem Radar. Dabei waren die Ergebnisse aufschlussreich und auch bedenklich.

VON HANNELORE CROLLY

Die Münchner Forscher hatten sich gemeinsam mit anderen Instituten, darunter dem Mannheimer Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), die provokante Frage gestellt: Was behindert eigentlich einen leistungsstarken Wettbewerb im Bildungsföderalismus? Ihre Antwort: Vielen Politikern ist die Reputa-

tion offenbar wichtiger als der ehrliche Vergleich. Gerade in Bundesländern, in denen es an der Schulqualität besonders hapert, fehle bei politischen Entscheidungen die Bereitschaft zu mehr Transparenz. Das wiederum verhindere den Wettbewerb zwischen den Bundesländern um die besten bildungspolitischen Ansätze, analysiert das Ifo.

Schwächen im Bildungsangebot, ob das nun Unterrichtsausfall oder schwindende Schülerkompetenzen sind, drohen also von der Politik verschleiert zu werden, notwendige Konsequenzen bleiben womöglich aus. „Unsere Ergebnisse legen nahe, dass Politikerinnen und Politiker aus Sorge vor einer negativen Reputation mehr Transparenz ablehnen“, so Ifo-Forscher Sebastian Blesse, einer der Studienautoren. Dabei wäre ein kontinuierlicher, sorgfältiger Vergleich zwischen den Schulsystemen der Länder



dringend nötig, um den Erfolg oder Unsinn politischer Maßnahmen zu bewerten.

Eigentlich sollten alle Länder in einem fruchtbaren Leistungswettbewerb miteinander stehen, der dann insgesamt ein besseres Bildungsniveau hervorbringt. So lautet zumindest die Grundidee des Bildungs-föderalismus. Dafür müsste allerdings zunächst einmal die Schulqualität im eigenen Bundesland realistisch eingeschätzt werden. Davon kann jedoch laut Ifo keine Rede sein. Das Institut wertete aus Daten des Ifo-Bildungsbarometers 2020 Angaben von mehr als 10.000 Bürgern und über 500 Landtagsabgeordneten aus, die das Schulniveau im eigenen Bundesland beurteilt hatten. Das erstaunliche Ergebnis: Die Schülerleistungen wurden systematisch falsch wahrgenommen, und zwar von der Bevölkerung wie von Politikern gleichermaßen. In Bundesländern mit überdurchschnittlichen Schülerleistungen fiel die Einschätzung oft zu schlecht aus, in schwachen Ländern dagegen viel zu positiv.

Das große Problem dieser Fehlsicht trat zutage, als Testgruppen zunächst mit der Realität konfrontiert wurden, also vor Abgabe ihrer Bewertung genauer informiert wurden über die Lage an der Schulfront. Prompt stieg in leistungsschwachen Ländern die Unzufriedenheit der Bürger mit den politisch Verantwortlichen massiv an, gepaart mit der Forderung nach mehr Offenheit und Vergleichsmöglichkeiten. Bei den Politikern jedoch geschah genau das Gegenteil: Ihre Bereitschaft zu erhöhter Transparenz sank in diesem Szenario rapide ab. So mancher Politiker lebt also offenkundig lieber mit einer – fälschlicherweise – positiven Einschätzung der Bevölkerung, als sich der bitteren Realität zu stellen und gegenzusteuern.

Die Leidtragenden von Mängeln im Schulsystem sind aber nicht allein die Schüler, sondern die ganze Gesellschaft, wie das Ifo und andere Forschungsinstitute immer wieder betonen. Sie erheben daher auch ohne spezifischen Auftrag Daten, um die Politik zum Jagen zu tragen. Kürzlich hat beispielsweise das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln einen Ländervergleich zur weit voneinander abweichenden Stundenzahl an Grundschulen vorgelegt. Und das Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) machte sich die Mühe, noch einmal genauer auf die Schulleitungsbefragung zu schauen, die im Zuge der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (Iglu) 2021 gemacht worden war. Beide Analysen bescheinigen den deutschen Grundschulen massive Defizite.

„Der Kompetenzerwerb von Kindern im Grundschulalter verläuft in Deutschland bei Weitem nicht optimal“, urteilt das Köl-

ner IW ungnädig. Bekanntlich ist der Anteil an Viertklässlern, die Mindeststandards im Lesen und Rechnen nicht erfüllen, binnen zehn Jahren massiv gestiegen – auf mittlerweile rund jeden fünften Grundschüler. Gute Bildung sei aber unerlässlich, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, mahnt das Forschungsinstitut. Vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik müssten Kinder bereits in der Grundschule ausreichend Unterricht haben, um später genug mathematische Fähigkeiten und Lesekompetenzen zu erreichen. Das sei die Voraussetzung, um erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren.

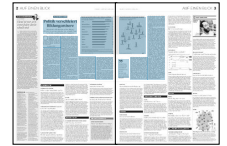
Das IW machte aber deutliche Unterschiede bei den gesetzlich geregelten Pflichtstunden aus. So werden Hamburger Grundschüler in den ersten vier Jahren insgesamt 108 Stunden lang pro Woche unterrichtet, also im Schnitt 27 Wochenstunden pro Klassenstufe. In Hessen und Schleswig-Holstein sind es dagegen insgesamt nur 92 Stunden, in Brandenburg, Niedersachsen



## KOMPETENZ- ERWERB VON KINDERN IM GRUNDSCHUL- ALTER BEI WEITEM NICHT OPTIMAL

### INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

und Sachsen kaum mehr. Aber auch ganz grundsätzlich bleibe im Halbtags-Schulsystem wenig Zeit, um Fähigkeiten zu vertiefen, urteilt das IW. Auch Fächer wie Sachkunde, Sport und insbesondere das Schwimmen kämen viel zu kurz. Zwar ist keine direkte Korrelation zwischen den schwachen Viertklässler-Ergebnissen und der Anzahl der Wochenstunden erkennbar. Berlin beispielsweise hält im Deutschunterricht mit 31 Wochenstunden in vier Schuljahren den bundesweiten Rekord, aber zugleich auch zusammen mit Bremen und Brandenburg die rote Laterne, was die Fähigkeit zu lesen, zu verstehen und zu schreiben angeht. Das Saarland wiederum, das nur auf 20 Deutschstunden kommt, legt in diesen Disziplinen recht ordentliche Ergebnisse vor. Allerdings sei der Vergleich schwierig, weil das Saarland zusätzliche Förderstunden vorsehe, die auch für



Deutsch eingesetzt werden könnten, so das Ifo. Klar sei aber: Das von der Ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK) empfohlene Mindestmaß von 24 Deutschstunden pro Woche werde nicht überall erreicht. Dabei sei mehr Deutschunterricht essenziell für den Lernerfolg in allen anderen Fächern. „Ansonsten wird dies sehr stark in die Elternhäuser verlagert, womit der familiäre Hintergrund einen stärkeren Effekt auf die Kompetenzentwicklung erhält“, so die Studienautoren.

Zumindest auf das Problem unterschiedlicher Stundenkontingente haben die deutschen Kultusminister gerade reagiert und sich für neue Regeln ausgesprochen. Die Grundschüler sollen vom Schuljahr 2026/27 an deutschlandweit mindestens 94 Wochenstunden in den ersten vier Jahren unterrichtet werden, empfiehlt die Kultusministerkonferenz. Mindestens 53 Stunden davon sollen auf Deutsch, Mathematik und Sachkunde entfallen. Das solle nicht zulasten anderer Fächer gehen, betonte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin als Vertreterin der SPD-regierten Länder in der KMK, Stefanie Hubig (SPD). Wenn nötig, müssten eben neue Lehrkräfte eingestellt werden. Doch eine neue Stundentafel wird nicht ausreichen. Wie das Institut für Schulentwicklungsforschung festgestellt

hat, ist noch ein anderer Aspekt problematisch. Laut IFS müssen Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Verhältnissen nämlich häufiger in Schulen lernen, die schlechter ausgestattet sind als solche in privilegierter Lage. „Für die vorhandenen Ressourcen zeigt sich in Deutschland eine Abhängigkeit von der sozialen Lage der Schule“, so das an der Technischen Universität Dortmund angesiedelte Institut.

Die Forscher haben die Angaben der Schulleiter aus der jüngsten Iglu-Studie analysiert und herausgefunden: Grundschulen, an denen mehr als 25 Prozent der Schüler aus sozial schwachen Familien stammt, leiden mehr unter der Knappheit schulischer Ressourcen als Schulen mit einem Anteil von weniger als 25 Prozent. Besonders stark mangle es an Technik und Medien, um die Schüler beim Lernen zu unterstützen. Außerdem fehlt es laut IFS an Unterrichtsräumen. Um „bestehende Disparitäten nicht weiter zu verstärken“, mahnt das Institut, erscheine eine „vermehrte Zuweisung von Mitteln und Ressourcen an Schulen in wirtschaftlich benachteiligten Lagen sinnvoll“. Auch das IW mahnt mit Blick auf die leeren Staatskassen dringlich, an der Bildung nicht zu sparen. Bildungs-Infrastruktur koste heute Geld, sagt IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt – „und schafft morgen Wachstum“.